

„UNVERZICHTBARES INSTRUMENT DER POLITIKBERATUNG“



Ein Beispiel für die Anwendung von Prognosen

Der demografische Wandel schreitet kontinuierlich voran. Nicht alle Regionen sind gleichermaßen von ihm betroffen. Neben den immer weniger werdenden Wachstumsregionen gibt es mehr und mehr Schrumpfsregionen in Stadt und Land. Langfristige Bevölkerungsprognosen zeigen, dass die aus diesem Wandel resultierenden Herausforderungen nicht geringer werden. Die Politik ist also gefragt. Steffen Maretzke sprach mit Bernd Rittmeier vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) über die Demografiestrategie der Bundesregierung.



Dr. Steffen Maretzke

ist Regionalforscher und arbeitet als Projektleiter im Referat „Raumentwicklung“ des BBSR. Er ist Vorsitzender des Arbeitskreises „Städte und Regionen“ der Deutschen Gesellschaft für Demografie e.V.
steffen.maretzke@bbr.bund.de



Dr. Bernd Rittmeier

leitet die Projektgruppe „Demografischer Wandel“ im BMVI und ist Leiter der Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“.
bernd.rittmeier@bmvi.bund.de

Herr Rittmeier, Sie leiten im Kontext der Arbeiten der Bundesregierung an einer Demografiestrategie zusammen mit Kollegen aus dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“. Welche Aufgabe oder besser welches Ziel verfolgt diese Arbeitsgruppe?

Der demografische Wandel war in Deutschland über viele Jahrzehnte politisch kein bedeutsames Thema. Erst die mit der Deutschen Einheit in den 1990er-Jahren deutlich zu Tage tretenden Auswirkungen des demografischen Wandels in den neuen Bundesländern sowie zunehmend erkennbare Auswirkungen auch in ländlichen Regionen im Westen haben dazu geführt, dass die Bundesregierung dieses Thema zu Beginn dieses Jahrzehnts ganz oben auf die politische Agenda gesetzt hat.

Im Jahr 2011 hat die Bundesregierung ihren „Ersten Demografiebericht zur demografischen Entwicklung und künftigen Entwicklung des Landes“ vorgelegt. Darauf aufbauend hat sie 2012 eine Demografiestrategie unter dem Namen „Jedes Alter zählt“ erarbeitet und diese im Jahr 2014 unter dem Titel „Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ fortgeschrieben. Ziel dieser Demografiestrategie war und ist es, den demografischen Wandel möglichst umfassend zu betrachten, sich mit seinen Auswirkungen in unterschiedlichen strategischen Handlungsfeldern auseinanderzusetzen und Maßnahmen für ein Gegensteuern zu entwickeln. Im Zentrum geht es darum, das wirtschaftliche Wachstumspotenzial zu stärken, den sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen zu fördern und solide Finanzen zu gewährleisten – damit der Staat handlungsfähig und die sozialen Sicherungssysteme verlässlich bleiben.

Der Bundesregierung war von Beginn an bewusst, dass die Gestaltung des demografischen Wandels nur mit breiter Beteiligung aller staatlichen Ebenen, Sozialpartner und gesellschaftlichen Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger vor Ort gelingt. Entsprechend hat sie im Herbst 2012 mit zehn Arbeitsgruppen einen breiten Dialogprozess gestartet. Ergebnisse haben die Arbeitsgruppen zu den Demografie Gipfeln der Bundesregierung in den Jahren 2013, 2015 und 2017 präsentiert.

Die Arbeitsgruppe „Regionen im demografischen Wandel stärken – Lebensqualität in Stadt und Land fördern“ hat in diesem Dialogprozess einen besonderen Stellenwert. Sie

analysiert den demografischen Wandel mit seinen vielfältigen Auswirkungen explizit aus räumlicher Perspektive. Es ist ja bekannt, dass sich der demografische Wandel in Deutschland regional sehr unterschiedlich darstellt: Vielfach gibt es ein Nebeneinander von schrumpfenden und wachsenden Regionen. Abwanderungen aus den Regionen verschärfen die regionalen Ungleichgewichte. Es sind vor allem die strukturschwachen Regionen in Stadt und Land, die besonders betroffen sind. Weil die besonders betroffenen ländlichen Regionen oft peripher liegen und eine geringe Einwohnerdichte aufweisen, haben diese auch besondere Probleme, die Daseinsvorsorge zu sichern, die Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den sozialen Zusammenhalt zu wahren.

Diesen regionalen Disparitäten gilt es mit regionsspezifischen Lösungsansätzen aktiv entgegenzutreten. Entsprechend hat sich die Arbeitsgruppe das Ziel gesetzt, konkrete Vorschläge für ein ressort- und ebenenübergreifendes Handeln zu erarbeiten, die die Umsetzung regionsspezifischer Strategien zur Sicherung einer bedarfsgerechten Daseinsvorsorge, zur Stärkung der regionalen Wirtschaft sowie zur Festigung des sozialen Zusammenhalts befördern.

Neben mehreren Bundesministerien sind die kommunalen Spitzenverbände, neun Landesregierungen sowie das BBSR, das Thünen-Institut und das Umweltbundesamt in der Arbeitsgruppe vertreten.

Die Herausforderung für Ihre Arbeitsgruppe ist also vor allem, die differenzierten regionalen Konsequenzen des demografischen Wandels in den Regionen für die Politik fassbar zu machen, um passgenaue Handlungsempfehlungen ableiten zu können. Welche Bedeutung haben regionalisierte Bevölkerungsprognosen für ihre Arbeit?

Regionalisierte Bevölkerungsprognosen haben für die Arbeitsgruppe eine sehr große Bedeutung. Sie liefern uns qualifizierte und differenzierte Informationen zur Entwicklung der Bevölkerung insgesamt, aber auch für einzelne Altersgruppen der Männer und Frauen. Diese Informationen sind für viele Bereiche der Infrastruktur, für die Wirtschaft wie für die kommunalen Verwaltungen äußerst wichtig. Sie beschreiben nämlich Entwicklungen, die in den Regionen zum Teil völlig entgegengesetzt laufen. Unsere Analysen zeigen, dass beispielsweise die Zahl älterer Menschen selbst in schrumpfenden Regionen steigen kann, was für den medizinischen und den Pflegebereich keine unwichtige Information ist. Zwischen den Regionen gibt es zum Teil so starke quantitative und qualitative Entwicklungsunterschiede,

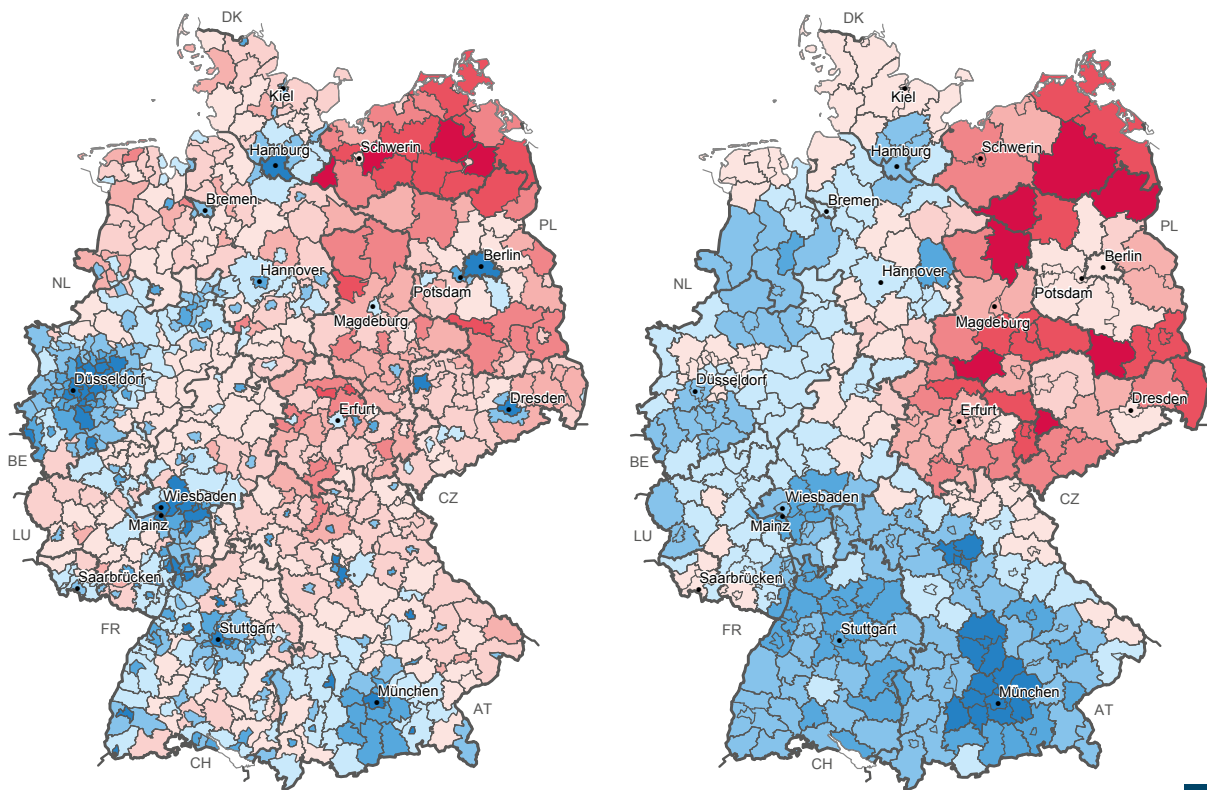
die sich ohne solche Prognosen überhaupt nicht fundiert abschätzen lassen.

Karten, die diesen Wandel demografischer Strukturen und Trends in den Regionen Deutschlands beschreiben, sind äußerst einprägsam, verdeutlichen sie die vorhandenen Unterschiede doch auf einen Blick. Ohne diese Prognosen

hätte die Arbeitsgruppe die vielfältigen regionalen Facetten des demografischen Wandels und die wachsenden regionalen Disparitäten kaum so differenziert beschreiben und sich mit den daraus ableitenden Konsequenzen so qualifiziert beschäftigen können. Deswegen sind gerade solch tief gegliederte regionale Bevölkerungsprognosen ein unverzichtbares Instrument der Politikberatung. Sie liefern den Akteu-

1

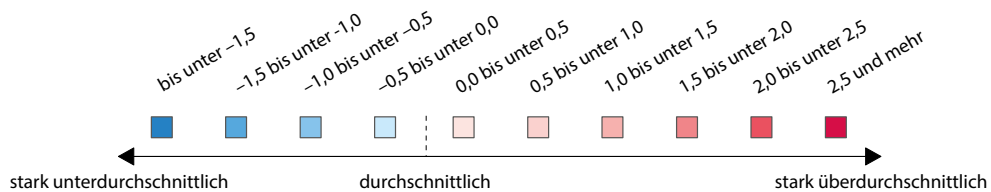
Regionen im demografischen Wandel – Herausforderungen bei der Daseinsvorsorge und der Wirtschaftskraft



© BBSR Bonn 2017

Sicherung der Daseinsvorsorge (BBSR-Prognoseräume)

Stärkung der Wirtschaftskraft (Arbeitsmarktregionen 2014)



Abweichung vom Mittelwert im Vielfachen der Standardabweichung
 Bearbeitung: P. Küpper (TI), S. Maretzke, A. Milbert und C. Schlömer (BBSR)
 Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR, BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus
 Geometrische Grundlage: BBSR-Prognoseräume bzw. Arbeitsmarktregionen,
 aggregiert aus Gemeinden bzw. Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG
http://www.demografie-portal.de/DE/Informieren/Karte/karte_node.html



ren im Raum wertvolle Informationen für die Planung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen, unter anderem für Schulen, für die medizinische und pflegerische Versorgung, für die Ausgestaltung von Mobilitätsangeboten, aber auch für den Arbeits- und Wohnungsmarkt, die Abschätzung wirtschaftlicher Potenziale und viele andere Bereiche. Das BBSR ist in diesem Kontext ein sehr geschätzter Kooperationspartner. Es liefert mit seinen kontinuierlich veröffentlichten Bevölkerungsprognosen, die regelmäßig durch eine regionalisierte Haushalts- und Erwerbspersonenprognose ergänzt wird, wichtige Informationen für viele Akteure im Raum – aus Wissenschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Politik.

Sie haben ja bereits angedeutet, dass es enorme regionale Unterschiede gibt. Welche Erkenntnisse aus den regionalisierten Bevölkerungsprognosen sind für ihre Arbeitsgruppe besonders relevant?

Für die Arbeitsgruppe waren diese regionalisierten Bevölkerungsprognosen eine wichtige Ausgangsgrundlage, um die vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen abzugrenzen und die spezifischen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die regionale Daseinsvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit analysieren zu können. Unsere Arbeitsgruppe hat die Prognoseergebnisse vor allem verwendet, um einen eigenen Index zu entwickeln, der den unterschiedlichen Grad der Betroffenheit der Regionen in den Handlungsfeldern Daseinsvorsorge und Wirtschaftskraft quantifiziert (vgl. Abb. 1).

Der Index Daseinsvorsorge berücksichtigt zum Beispiel einerseits den Grad der spezifischen Betroffenheit einer Region durch den demografischen Wandel. Dazu dienen ausgewählte Indikatoren zur Struktur und Entwicklung spezifischer Altersgruppen wie zur Intensität der demografischen Alterung in der Vergangenheit und Zukunft. Andererseits bezieht er wichtige regionale Rahmenbedingungen zur Siedlungsstruktur und Erreichbarkeit ein. Eine vergleichsweise starke Alterung, ein hoher Bevölkerungsrückgang, eine geringe Siedlungsdichte und eine schlechte Erreichbarkeit spiegeln sich entsprechend in einer größeren Betroffenheit und damit in einem hohen Indexwert wider.

Um die Auswirkungen des demografischen Wandels und entsprechenden Handlungsbedarf auf regionaler Ebene konkret abbilden zu können, hat die Arbeitsgruppe in einem weiteren Schritt für alle Kreise und kreisfreien Städte umfangreiche „Regionsprofile“ erstellt. Hier flossen auch

wesentliche Prognoseergebnisse ein. Diese adressieren acht besondere Handlungsfelder und quantifizieren für die Regionen ausgewählte Kennziffern zur Demografie, zur Daseinsvorsorge, zur Wirtschaftskraft und zur ausländischen Bevölkerung. Der zusammengefasste Index informiert über den Grad der Betroffenheit einer Region und vergleicht diese mit dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Diese Regionsprofile, die die extreme Vielfalt des demografischen Wandels aufzeigen, sind neuartig und bieten regionalen Akteuren wichtige Informationen für die Entwicklung eigener Handlungsstrategien im Umgang mit den daraus resultierenden Herausforderungen. Der Vergleich von Offenbach am Main und Ludwigslust-Parchim – das sind die Kreise mit den geringsten und größten demografischen Herausforderungen – unterstreicht, wie unterschiedlich stark Kreise in Deutschland betroffen sind (vgl. Abb. 2).

Ihre Arbeitsgruppe gibt es bereits seit mehr als vier Jahren. Welche Ergebnisse kann sie bislang vorweisen und wie sind diese in die Demografiestrategie der Bundesregierung eingeflossen?

Die Arbeitsgruppe hat die besonders betroffenen Regionen herausgearbeitet und Regionsprofile erstellt. Sie hat außerdem viele fachübergreifende Handlungsempfehlungen erarbeitet, die eine Stärkung der Regionen ermöglichen sollen. Diese Empfehlungen wurden auch zum Teil in die Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgaben Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) sowie regionale Wirtschaftsstruktur (GRW) und der Städtebauförderprogramme aufgenommen.

Zum anderen hat sich die Arbeitsgruppe sehr intensiv mit der Frage befasst, ob die verschiedenen Fachgesetze zur Daseinsvorsorge, zur interkommunalen Kooperation und zur Einbindung bürgerschaftlichen Engagements genügend Spielräume für flexible regionale Lösungen eröffnen. Insgesamt hat sie dabei festgestellt, dass es keine generellen Hinweise darauf gibt, dass die gesetzliche Ebene neue, flexible Lösungsansätze verhindert. Häufig werden aber gesetzlich eingeräumte Spielräume in untergesetzlichen Vorschriften oder im Verwaltungshandeln entweder eingeschränkt oder nicht ausgeschöpft. Hier besteht sicher noch Optimierungsbedarf. Gleichwohl hält die Arbeitsgruppe „niedrigschwellige Experimentierklauseln“ in Gesetzen zur Daseinsvorsorge für ein geeignetes Instrument, um Innovationsprozesse in diesem Bereich zu befördern. Für vom demografischen Wandel besonders betroffene Regionen sind diese unverzichtbar.

2

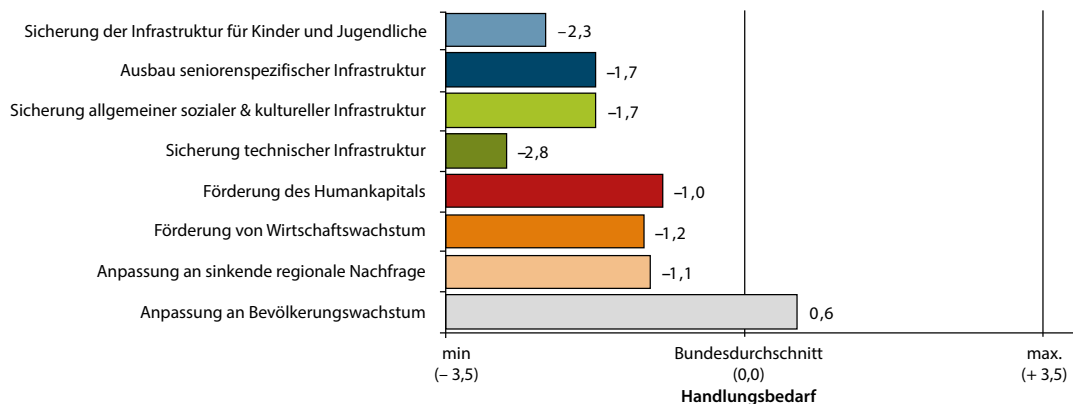
Vergleich: Der Kreis mit den geringsten und der Kreis mit den größten demografischen Herausforderungen

Offenbach am Main, Stadt

Fläche in km² 44,9
 Einwohner, 31.12.2015 (in 1.000) 123,7
 Arbeitsmarktregion Frankfurt/Main
 Land Hessen

Teilindex Daseinsvorsorge -2,81*
 Teilindex Wirtschaft -1,09*

Besondere Handlungsfelder

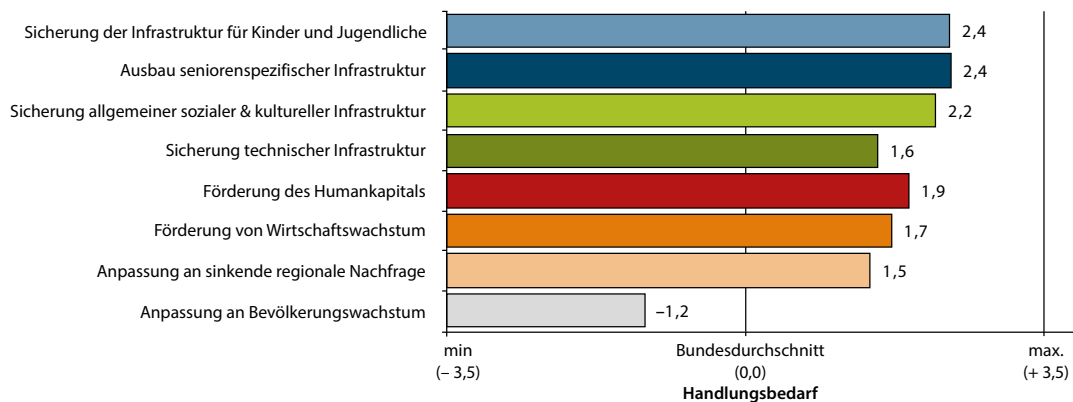


Ludwigslust-Parchim

Fläche in km² 4750,9
 Einwohner, 31.12.2015 (in 1.000) 214,1
 Arbeitsmarktregion Schwerin
 Land Mecklenburg-Vorpommern

Teilindex Daseinsvorsorge 2,77*
 Teilindex Wirtschaft 1,72*

Besondere Handlungsfelder



* Diese Werte bewegen sich zwischen max. 3,5 (überdurchschnittliche Betroffenheit) und min. -3,5 (unterdurchschnittliche Betroffenheit) jeweils gemessen am Bundesdurchschnitt.

Quelle: verändert nach Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, http://www.demografie-portal.de/DE/Informieren/Karte/karte_node.html (Auszüge)

Schließlich sind Ergebnisse der Arbeitsgruppe in die Weiterentwicklung der Demografiestrategie der Bundesregierung zum Handlungsfeld „Förderung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Regionen“ eingeflossen.

Aber auch außerhalb der Demografiestrategie der Bundesregierung werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe aufgegriffen. So führt unser Ministerium seit Anfang 2016 mit insgesamt 18 vom demografischen Wandel besonders betroffenen ländlichen Regionen ein Modellvorhaben durch, in dem es darum geht, Versorgung und Mobilität langfristig zu sichern. Die Auswahl der Modellregionen erfolgte auf Basis des von der Arbeitsgruppe entwickelten Betroffenheitsindex, den ich bereits erwähnte. Insgesamt 91 Regionen, nämlich alle mit einem Indexwert größer 0,75 konnten sich bewerben. In diesem Modellvorhaben werden für jede beteiligte Region Bevölkerungsprognosen gerechnet, die kleinräumig bis auf die Ortsteilebene differenziert sind. Auf Basis dieser Informationen prüfen die Modellregionen im Weiteren für verschiedene Bereiche der Daseinsvorsorge, wie sich langfristig deren Tragfähigkeit und Erreichbarkeit entwickelt. Im Ergebnis sind sie zudem in der Lage, ihre Überlegungen zur Bündelung von Infrastruktureinrichtungen oder zur weiteren Entwicklung von Kooperationen mit den Nachbargemeinden in der Region fundiert, also empirisch gestützt, zu konkretisieren. So lassen sich unter anderem teure Fehlplanungen vermeiden, was für diese ohnehin oft sehr „klammen“ Kommunen nicht unwichtig ist.

Seit 2015 wird die demografische Entwicklung der Regionen sehr stark durch die Flüchtlingszuwanderung geprägt. Die regionalisierten Prognosen, die ich kenne, tun sich aktuell noch schwer damit, ihre Annahmen zur Verteilung dieser Menschen auf die Regionen in Deutschland zu konkretisieren. Welche Regionen sind Ihrer Ansicht nach besonders von Zuwanderung aus dem Ausland betroffen?

Die Arbeitsgruppe hat sich vor dem Hintergrund der gestiegenen Flüchtlingszuwanderung im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit diesem Thema beschäftigt. Sie hat untersucht, welche Herausforderungen und Chancen aus der Zuwanderung für Regionen mit besonderem demografischen Handlungsbedarf resultieren können. Sie hat sich aber nicht auf die Zuwanderung von Flüchtlingen beschränkt, für die in der damaligen Zeit ohnehin noch keine verlässlichen regionalen Daten vorlagen, sondern jegliche Form von Zu- und Abwanderung von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Betracht gezogen. Dabei galt die These, dass Zuwanderung die Bevölkerungsentwicklung und die wirtschaftliche Entwicklung einer Region positiv beeinflussen

kann, wenn diese ausreichend attraktiv ist, ihre Bevölkerung aufgeschlossen und die Region eine aktive Zuwanderungs- und Integrationsstrategie verfolgt. Dann fühlen sich viele zugewanderte Ausländer willkommen und bleiben häufig längerfristig.

Zuwanderung selbst ist ja seit Jahren fester Bestandteil der demografischen Entwicklung in Deutschland – auch schon vor 2015. Aus regionaler Sicht und mit Bezug auf die demografischen Herausforderungen wurden die Wanderungsprozesse von ausländischen Staatsangehörigen in den vergangenen Jahren jedoch nicht besonders beachtet und analysiert. Entsprechend lagen auch nur wenige regionalisierte Daten zur Zu- und Abwanderung vor. Aus diesem Grund hat die Arbeitsgruppe zunächst die auf der Bundesebene vorliegenden Daten aus der Wanderungsstatistik und dem Ausländerzentralregister hinsichtlich verschiedener Indikatoren wie Bevölkerungsanteil, Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus aufbereitet und regionalisiert. Um den Anteil von Flüchtlingen an der Zuwanderung einigermaßen abschätzen zu können, wurden darüber hinaus die wichtigsten Herkunftsländer und die Aufenthaltsdauer der Zugewanderten erfasst. Die Ergebnisse flossen sowohl in die Regionsprofile für alle Kreise und kreisfreien Städte als auch in verschiedene „Regionstypen“ und bundesweite Karten auf Basis der Kreise ein. Sie liegen aber bisher nur für die Jahre 2014 und 2015 vor und sind daher in ihrer Aussagekraft eingeschränkt. Für valide Schlussfolgerungen wäre eine Überführung dieser Daten in längerfristige Zeitreihen erforderlich. Dies konnte die Arbeitsgruppe aus Zeitgründen nicht mehr leisten.

Ein Ergebnis stellte die Arbeitsgruppe allerdings schon fest: Auf der Ebene der Regionstypen „städtische Regionen“, „Regionen mit Verdichtungsansätzen“ sowie „ländliche Regionen“ und im Verhältnis zum jeweiligen Einwohneranteil zeigt sich die regionale Verteilung der Zuwanderung von Ausländern in den Jahren 2014 und 2015 relativ ausgewogen. Ihr Wanderungssaldo liegt in städtischen Regionen nur knapp über und in ländlichen Regionen knapp unter dem jeweiligen Einwohneranteil. In den Regionen mit Verdichtungsansätzen entspricht er weitgehend dem Einwohneranteil.

Auf der anderen Seite zeigen die Daten zu den Wanderungen über Kreisgrenzen der Jahre 2014 und 2015, dass viele ländliche, insbesondere auch in Ostdeutschland liegende Regionen einen deutlich unterdurchschnittlichen Gesamtwanderungssaldo von Ausländern aufweisen. Offensichtlich sind diese Regionen für die zugewanderten Ausländer weniger attraktiv. Sie ziehen vor allem in die Ballungszentren mit eigener „Community“. Wie gesagt besteht aus Sicht der

Arbeitsgruppe zu diesem Thema aber noch weiterer Untersuchungsbedarf, auf Basis weit differenzierterer Informationen und Daten.

Sind Sie mit den Prognosen, die Sie für ihre Arbeit nutzen können zufrieden oder haben Sie konkrete Hinweise, wo Ihnen die vorhandenen Bevölkerungsprognosen noch differenziertere Informationen bieten sollten?

Regionalisierte Bevölkerungsprognosen sind eigentlich die einzige Grundlage, um die unterschiedlichen demografischen Potenziale der Regionen in Deutschland langfristig zu quantifizieren. Auf der Grundlage von anschaulichen Visualisierungen ihrer zentralen Ergebnisse, die für jedermann gut verständlich sind, lassen sich in den unterschiedlichsten Themenbereichen fundierte Entscheidungen treffen. Das gilt insbesondere dann, wenn diese von langfristiger Bedeutung für eine Region sind. Wo baue, erhalte oder schließe ich eine Kita oder Grundschule? Verfügt meine Region langfristig über ausreichend junge Arbeitskräfte? Ist es realistisch, dass meine leerstehenden Häuser noch einmal nachgefragt werden? Wie viele aktive alte Menschen leben künftig überhaupt in meinem Ort? Wie wird sich im Zuge der demografischen Alterung der Pflegebedarf entwickeln?

Auf all diese Fragen lassen sich aus den vorhandenen regionalisierten Bevölkerungsprognosen qualifizierte Antworten ableiten, so dass sich unsere Arbeitsgruppe hier auf umfangreiche Informationen zur Zukunft stützen konnte. Die Prognosen bilden sozusagen ein „Grundgerüst“, das man je nach Thema mit weiteren Indikatoren verknüpfen und ergänzen kann, sei es zum Beispiel im Bereich der Daseinsvorsorge oder der Zuwanderung. Angesichts der Tatsache, dass die Zuwanderung von Ausländern bedeutsam bleibt, wäre es schon wünschenswert, wenn es auch Informationen zur künftigen Entwicklung von Zahl und Struktur der Ausländer in den Regionen Deutschlands gäbe. Leider liegen dafür bislang aber noch viel zu wenige Informationen vor, um dies valide umzusetzen. Im Zuge einer Verbesserung der dafür notwendigen Informationsgrundlagen wird aber auch dies vielleicht einmal möglich werden. Da wir wissen, dass die Regionen gerade im Kontext der Integration der ausländischen Bevölkerung sehr unterschiedlich gefordert sind, wären solche Prognoseinformationen für die verantwortlichen Akteure in Verwaltung, Politik und Wirtschaft sehr wichtig.

Herr Rittmeier, in den regelmäßigen Veranstaltungen meines DGD-Arbeitskreises höre ich immer öfter, dass wir über

die künftige demografische Entwicklung in Deutschland und die regional differenzierten Herausforderungen eigentlich genug wissen. Wir brauchen also nicht mehr Informationen. Es kommt vielmehr darauf an, dieses Wissen endlich in geeignete Handlungsstrategien umzusetzen. Wie sehen Sie das?

Es ist richtig: Wir haben in der Tat kein Erkenntnis-, sondern vielerorts ein Umsetzungsproblem. Sicher können wir die Aktualität und das Monitoring der Daten weiter optimieren und auf den unterschiedlichen Ebenen von Bund, Ländern, Regionen und Kommunen besser verzahnen. In den letzten Jahren können wir auch feststellen, dass die Offenheit und Bereitschaft vor Ort, sich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu stellen, spürbar gewachsen ist. Ich denke, dass viele Modellprojekte des Bundes und von Ländern aus dem vergangenen Jahrzehnt und ebenso die Diskussionen zu Demografiestrategien im Bund und in den Ländern dazu beigetragen haben.

In unterschiedlicher Weise greifen immer mehr Regionen Themen des demografischen Wandels in regionalen Entwicklungskonzepten oder bei einzelnen Projekten auf – zum Beispiel im Bereich der Mobilität oder in der Nahversorgung. In Zukunft wird auch verstärkt zu prüfen sein, welchen Beitrag die digitale Infrastruktur für die regionale Entwicklung leisten kann. Glasfaserkabel bilden nur die Hardware, digitale Lösungen für die Sicherung der Daseinsvorsorge und regionaler Wettbewerbsfähigkeit sind gefragt.

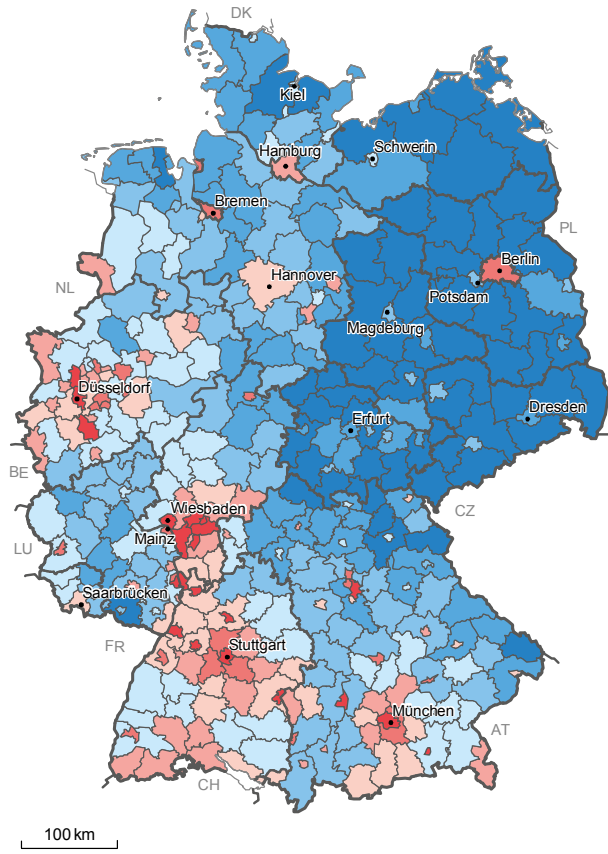
Allerdings sind die personellen und finanziellen Möglichkeiten gerade der kleineren Kommunen und strukturschwachen Regionen häufig begrenzt. Zudem verfügen sie kaum über eigene Erfahrungen in den Verwaltungen mit der Gestaltung und Moderation von Entwicklungsprozessen. Ihre Haushalte bieten neben der Erledigung von Pflichtaufgaben kaum weitere Spielräume. Deswegen sind ja finanzielle Unterstützungen für diese Aufgaben aus Modellvorhaben, Förderprogrammen und Gemeinschaftsaufgaben zur ländlichen Entwicklung so wichtig.

Im zurückliegenden Bundestagswahlkampf und den Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung für die 19. Legislaturperiode spielten die Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Lage der ländlichen Räume ja eine große Rolle. Es ist zu wünschen, dass in dieser Legislaturperiode weitere spürbare Impulse für die ländlichen Räume gesetzt werden.

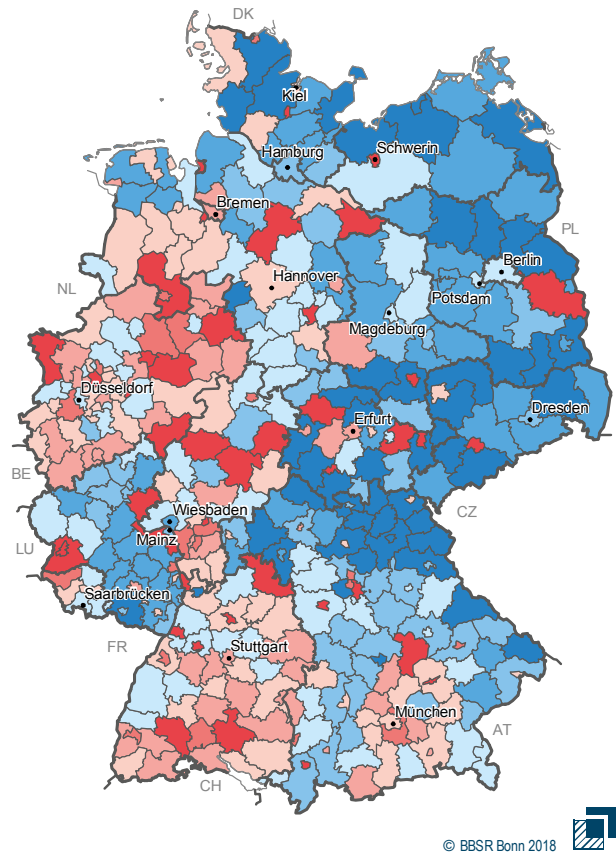
3

Ausländeranteil sowie Binnen- und Außenwanderungen von Ausländern 2015

Ausländeranteil 2015
in %



Gesamtsaldo überkreislicher Wanderungen
(Binnen- und Außenwanderungen)
von Ausländern 2015 (je 1.000 Einwohner)



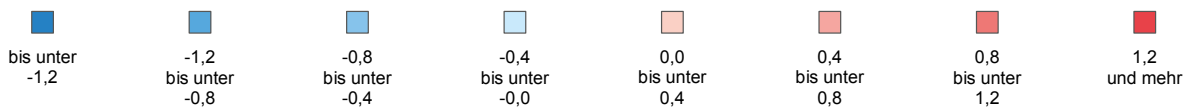
© BBSR Bonn 2018

Der z-standardisierte Wert des Indikators liegt ...

weit unter dem Bundesdurchschnitt

im Bundesdurchschnitt

weit über dem Bundesdurchschnitt



Ein Wert von 1,2 steht für einen besonders hohen Bedarf an Integrationsleistungen, ein Wert von -1,2 für einen besonders geringen.

Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2014 © GeoBasis-DE/BKG

Bearbeitung: G. Lackmann, S. Maretzke